

Übersetzung

Staatsanwaltschaft

**KOLLEGIUM
DER
GENERALPROKURATOREN**

Brüssel, den 22. Oktober 2012

**RUNDSCHREIBEN Nr. 13/2012 DES KOLLEGIUMS DER
GENERALPROKURATOREN BEI DEN APPELLATIONSHÖFEN**

Sehr geehrter Herr Föderalprokurator,
Sehr geehrte Frau/geehrter Herr Prokurator des Königs,
Sehr geehrte Frau/geehrter Herr Arbeitsauditor,
Sehr geehrter Herr Direktor des ZOSE,

**BETRIFFT: Verwaltung von sichergestellten Geldern durch das ZOSE –
Aufhebung der Beschlagnahme – Übertragung an die Hinterlegungs- und
Konsignationskasse**

<p>Sekretariat des Kollegiums der Generalprokuratoren – Rue Ernest Allard 42 – 1000 Brüssel Tel: 02/500 86 01 – Fax: 02/500 86 13 E-Mail: secr.colpg@just.fgov.be</p>
--

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung	3
II.	Zuständigkeiten der Hinterlegungs- und Konsignationskasse	3
III.	Richtlinien	5
IV.	Inkrafttreten	6
V.	Praktische Probleme	6
	Anlage	8

I. Einleitung

Das Zentrale Organ für Sicherstellung und Einziehung (ZOSE) erhält regelmäßig Nachschriften von einigen (General-)Staatsanwaltschaften mit dem Ersuchen, beschlagnahmte Geldmittel, deren Beschlagnahme aufgehoben wurde, für die Dauer von 5 Jahren (oder einen anderen Zeitraum) zu verwahren und sie anschließend an den Einnehmer des Domänenamtes zu überweisen.

Solch eine Entscheidung wird manchmal getroffen, wenn der Strafrichter oder der Magistrat der Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Beschlagnahme anordnet, im Nachhinein aber festgestellt wird, dass solch ein Beschluss aus folgenden Gründen nicht vollstreckt werden kann:

- a) die Identität des Begünstigten ist nicht bekannt (Beschlagnahme zu Lasten von Unbekannt);
- b) der Begünstigte kann nicht erreicht werden mangels bekannten Wohnortes beziehungsweise gewählten Wohnsitzes in Belgien oder im Ausland, oder er ist zwischenzeitlich verstorben, ohne bekannte Anspruchsberechtigte (Erben, Vermächtnisnehmer, usw.);
- c) der Begünstigte (oder sein Rechtsberater) reagieren nicht auf die Bitte des ZOSE oder des Magistrats der Staatsanwaltschaft, ihnen eine Bankkontonummer, ein persönliches Konto des Begünstigten oder ein Drittkonto seines Rechtsanwalts mitzuteilen im Hinblick auf die Überweisung der zurückzuerstattenden Gelder.

Das Rundschreiben bezweckt die Einführung einer einheitlichen Vorgehensweise, wenn in den hier oben genannten Situationen, die vom ZOSE verwalteten Gelder einer Zweckbestimmung zuzuführen sind. Die Gelder werden nicht mehr dem Einnehmer des Domänenamtes übertragen, sondern der Hinterlegungs- und Konsignationskasse.

II. Zuständigkeiten der Hinterlegungs- und Konsignationskasse

Aus den Bestimmungen des ZOSE-Gesetzes vom 26. März 2003 geht hervor, dass das ZOSE nach Aufhebung einer strafrechtlichen Beschlagnahme im Prinzip keine Anträge auf Hinterlegung oder Aufbewahrung von Geldern akzeptieren darf und diese nicht mehr weiter verwalten darf. Eigentlich verwaltet das ZOSE nur beschlagnahmte Gelder.

Die Verwaltung endet im Prinzip, sobald die zuständigen Gerichtsbehörden eine Zweckbestimmung der sichergestellten Gelder vorgenommen haben. Sobald die Beschlagnahme aufgehoben ist, werden die Gelder durch Anwendung von Artikel 16*bis* des ZOSE-Gesetzes dem Begünstigten oder dem zuständigen Einnehmer übertragen.

Aber weder das ZOSE-Gesetz noch andere gesetzliche Bestimmungen oder Verordnungen sehen Verfahren in Bezug auf die Zweckbestimmung der „schlafenden Gelder“ vor, wenn das ZOSE nicht in der Lage ist, die Anordnung auf Rückgabe zu vollstrecken oder wenn niemand unmittelbar Anspruch auf die Gelder erhebt.

In Ermangelung einer besonderen durch das ZOSE-Gesetz verliehenen Zuständigkeit gilt Artikel 2 des Königlichen Erlasses Nr. 150 vom 18. März 1935 zur Koordinierung der Gesetze über die Organisation und Arbeit der Hinterlegungs- und Konsignationskasse und zur Abänderung dieser Gesetze aufgrund des Gesetzes vom 31. Juli 1934 (im weiteren Text „Königlicher Grundlagenerlass vom 18. März 1935“). Dieser lautet wie folgt:

„Die Gerichtshöfe und Gerichte dürfen die Hinterlegung von Geldern oder Werten nur bei der Hinterlegungs- und Konsignationskasse anordnen und erlauben.

Jede andernorts gemachte Hinterlegung ist nichtig und zeitigt keine befreiende Wirkung.“ (frei übersetzt)

Der Königliche Grundlagenerlass vom 18. März 1935 sieht außerdem eine Regelung vor, wenn niemand die Gelder einfordert.

Artikel 25

„Die aus gleich welchem Grund bei der Hinterlegungs- und Konsignationskasse hinterlegten Beträge fallen an den Staat, wenn eine Frist von dreißig Jahren verstrichen ist, ohne dass es auf dem Konto, dem diese Beträge gutgeschrieben wurden, zu einer Ein- oder Rückzahlungsverrichtung gekommen ist, oder ohne dass der Kasse ein ausreichend begründeter Antrag auf Kapitalrückerstattung oder auf Zahlung der Zinsen notifiziert wurde, oder ohne dass ihr eine der in Artikel 2244 des Zivilgesetzbuches erwähnten Handlungen zur Kenntnis gebracht wurde.

Die Verjährungsfrist beginnt mit dem Datum der Einzahlung oder gegebenenfalls der letzten Verrichtung, die von dem Konto ausgegangen ist.“ (frei übersetzt)

Artikel 26

„Die bei der Hinterlegungs- und Konsignationskasse eingegangenen Titel und Werte werden nach Verstreichen einer Frist von dreißig Jahren, ab dem Datum ihrer Hinterlegung oder dem Datum, an dem die letzte Verrichtung vorgenommen wurde, Staatseigentum, wenn sie nicht Gegenstand einer Forderung waren.“ (frei übersetzt)

Artikel 27

„Spätestens sechs Monate vor Verstreichen dieser Frist benachrichtigt die Hinterlegungskasse per Einschreibebrief die bekannten Anspruchshabenden über das anstehende Verwirken der Frist. Diese Benachrichtigung wird an den Wohnort geschickt, der in den Akten und Aktenstücken, die sich im Besitz der Kasse befinden, angegeben ist, oder in Ermangelung eines bekannten Wohnortes, an den Prokurator des Königs des Ortes, wo die Hinterlegung vorgenommen wurde.

Wenn die Interesshabenden binnen einer Frist von zwei Monaten nach dieser Benachrichtigung keine Forderung eingereicht haben, werden ihre Namen, Vornamen, und Adressen sowie das Datum und der Ort der Hinterlegung unmittelbar im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht.

Binnen acht Tagen nach Veröffentlichung im Staatsblatt werden diese Namen, Vornamen und Adressen auf Veranlassung des Bürgermeister einer jeden der genannten Gemeinden einen Monat lang an der Tür der Gemeindehäuser ausgehängt.
“(frei übersetzt)

Artikel 28

„Die im Laufe eines Jahres vom Ablauf der Frist betroffenen Hinterlegungen werden der Staatskasse vor dem ersten April des folgenden Jahres übergeben.“ (frei übersetzt)

III. Richtlinien

1. Die nachstehende Vorgehensweise gilt in den Fällen, wo der Magistrat der Staatsanwaltschaft oder das ZOSE feststellen würde, dass die tatsächliche Rückgabe der vom ZOSE verwalteten Gelder aus den folgenden Gründen nicht (sofort) möglich ist:

- a) die Identität des Begünstigten ist nicht bekannt (Beschlagnahme zu Lasten von Unbekannt) oder
- b) der Begünstigte ist nicht mehr erreichbar mangels bekannten beziehungsweise gewählten Wohnortes in Belgien oder im Ausland, oder er ist in der Zwischenzeit verstorben, ohne bekannte Anspruchsberechtigte (Erben, Vermächtnisnehmer, usw.) oder
- c) der Begünstigte (oder sein Rechtsberater) reagieren nicht auf die Bitte des ZOSE oder des Magistrats der Staatsanwaltschaft, die Nummer eines Bankkontos mitzuteilen, im Hinblick auf die Überweisung der zurückzuerstattenden Gelder.

2. Das ZOSE überprüft, ob öffentliche oder private Gläubiger des strafrechtlich Gepfändeten Anspruch auf die frei gegebenen Gelder erheben können.

Zu diesem Zweck gelangt Artikel 16*bis* des ZOSE-Gesetzes vom 26. März 2003 zur Anwendung. Die vorgenannte gesetzliche Bestimmung erlaubt es dem ZOSE, die Gelder, deren Sicherstellung aufgehoben wurde, mit den Schulden, die der Begünstigte dem Staat gegenüber hat, wie Gerichtskosten, Steuern, strafrechtliche Geldbußen, beschlagnahmte Beträge, usw., zu verrechnen (gesetzliche Verrechnung).

Beim ZOSE wird die Überprüfung vom Verbindungsbeamten des FÖD Finanzen (Generalverwaltung der Erhebung und Beitreibung) vorgenommen.

3. Jede Zivilpartei oder jeder andere private Gläubiger des strafrechtlich Gepfändeten kann eventuell eine Drittsicherpfändung oder Vollstreckungspfändung in die Hände des Staates (ZOSE) geben, im Hinblick auf die Wiedererlangung der Gelder. Gegebenenfalls überweist das ZOSE die Gelder an den in der Sache tätig gewordenen Gerichtsvollzieher.

Im Falle eines Konkurses oder einer kollektiven Schuldenregelung, von denen der von der Freigabe Begünstigte betroffen ist, überweist das ZOSE, nach einem Beschluss auf Rückgabe oder Aufhebung der Beschlagnahme, die Beträge an etwaige Konkursverwalter oder Schuldenvermittler (kollektive Schuldenregelung). Das ZOSE wendet diese Vorgehensweise an, wenn es von einem Konkurs oder einer kollektiven Schuldenregelung Kenntnis erhält. Die Staatsanwaltschaft sowie das ZOSE sind gesetzlich nicht dazu verpflichtet, private Gläubiger des strafrechtlich Gepfändeten aufzuspüren oder zu überprüfen, ob das strafrechtlich Gepfändete von Insolvenzverfahren betroffen ist (siehe insbesondere Artikel 51 des Konkursgesetzes und Artikel 1679/9, §1, 4. des Gerichtsgesetzbuches über die kollektive Schuldenregelung).

4. Können die Gelder dem Begünstigten nicht zurückerstattet werden oder brauchen sie nicht entsprechend dem, was in Punkt III, 3 festgelegt wurde, übertragen zu werden, werden sie auf ein Konto der Hinterlegungs- und Konsignationskasse, das diese mitteilt, überwiesen.

Die Einzahlung durch das ZOSE an die Hinterlegungs- und Konsignationskasse muss so schnell wie möglich erfolgen. Der Magistrat der Staatsanwaltschaft ordnet das ZOSE nicht an, die Gelder für einen bestimmten Zeitraum zu verwahren und sie bei Ablauf dieser Frist dem Einnehmer der Domänen zu überweisen.

Das ZOSE ist dazu befugt, der Hinterlegungs- und Konsignationskasse bei der Einzahlung der Gelder eine Abschrift des Beschlagnahme-Verzeichnisses (Anlage zum Beschlagnahme-Protokoll) zu übermitteln.

Bei Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist (derzeit 30 Jahre) verfallen die hinterlegten Gelder an den Staat und die Hinterlegungs- und Konsignationskasse überweist diese an die Staatskasse.

IV. Inkrafttreten

Das vorliegende Rundschreiben gilt mit sofortiger Wirkung.

V. Praktische Probleme

Etwaige praktische Probleme werden dem Kollegium über den zuständigen Generalprokurator und dem Direktor des ZOSE mitgeteilt; dieser unterbreitet dem Kollegium der Generalprokuratoren entsprechende Vorschläge.

Brüssel, den 22. Oktober 2012

Der Generalprokurator beim Appellationshof von Antwerpen, Vorsitzender des
Kollegiums der Generalprokuratoren

Yves LIEGEOIS

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Mons

Claude MICHAUX

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Lüttich

Christian De VALKENEER

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Gent

Anita HARREWYN

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Brüssel

Lucien NOUWYNCK